

## ETH-Präsident isoliert

*Rücktrittsforderung zurückgewiesen  
Reaktion von Couchepin erwartet*

C. W. Der Druck auf den Präsidenten der ETH Zürich, Ernst Hafen, steigt weiter, nachdem er die Rücktrittsforderung von Vertretern der Professorenabteilung abgelehnt hat. Alexander Zehnder, Präsident des ETH-Rats, wird am Montag mit Bundesrat Pascal Couchepin zusammenkommen, und es sieht so aus, als sei Hafen isoliert.

Das Projekt für eine tiefgreifende Reorganisation der ETH hatte seit dem Frühjahr Spannungen in der Hochschule bewirkt. Die Diskussionen hinterliessen bei vielen beteiligten Professoren den Eindruck, dem seit dem letzten Dezember amtierenden Präsidenten fehle es an Gesprächsfähigkeit. Am letzten Dienstag, einen Tag nachdem die Schulleitung (gegen Hafens Willen) die Reform gestoppt hatte, forderten 17 Professoren, darunter die Vertreter von 12 der 15 Departemente, von Hafen den Rücktritt. Auch der ETH-Rat, das strategische Organ über den beiden ETH und den vier Forschungsanstalten, wurde über diesen Vorstoss informiert. Wie aus zwei Quellen zu erfahren ist, war geplant, dass Hafen am Freitag seinen Rücktritt bekanntgeben würde. Am Donnerstagabend antwortete er jedoch, dies liege nicht im Interesse der ETH. Er wolle alles daran setzen, das bei einem Teil der Professoren verlorene Vertrauen wiederzugewinnen.

Obwohl Hafens E-Mail an mehrere hundert Adressen ging, wurde die Sache vorerst nicht nach aussen getragen. Der Präsident hätte die Sache überdenken können. In der «Sonntags-Zeitung» meldete er sich dann öffentlich zu Wort, versuchte nochmals, seine «Vision» zu vermitteln, sagte aber auch, dass er dem ETH-Rat am kommenden Donnerstag die Vertrauensfrage stellen wolle. Ferner hat er die Departementvorsteher auf den Dienstag zu einer Aussprache eingeladen. Diese scheinen darin allerdings mehrheitlich keinen Sinn mehr zu sehen.

Bereits am Montag trifft sich ETH-Rats-Präsident Zehnder mit Bundesrat Couchepin, der als Chef des Departements des Innern auch für den ETH-Bereich zuständig ist. Zumal die Schulpräsidenten vom Bundesrat gewählt sind, wäre eine Absetzung mit einigen juristischen Fragen und allenfalls auch mit finanziellen Konsequenzen verbunden.

